

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945  
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 292

Donnerstag, den 15. Dezember 1921

12. Jahrgang

## Der wirksame Generalstreik.

Schluss der Beweisaufnahme im Kapp-Prozess.

Gestern wurde zunächst der frühere preussische Minister des Innern Dominicus, der in den Marztagen 1920 noch Oberbürgermeister von Schneberg war, als Zeuge vernommen. Er schilderte zunächst den Eindruck, den er am Morgen des 13. März empfing. Die Stimmung war allgemein eine sehr gedrückte, denn jeder hatte das Gefühl, daß etwas Unerhörtes vorgefallen sei und noch mehr bevorstand. Ein Teil der Bevölkerung äußerte selbstverständlich Freude, aber daß die große Mehrheit des Volkes den Beschneidungen ablehnen und gegenüberstand, unterlag keinem Zweifel. Der Zeuge ist auf Wunsch seines Freundes Deser ins Bureau der auf liberalem Boden stehenden Eisenbahnerorganisation gegangen und hat dort erfahren, daß auch die demokratischen und Zentrumsbahner den Eintritt in den Generalstreik beschlossen hatten. Von diesem wichtigen Beschluß machte Zeuge dem Minister Deser sofort Mitteilung, bei dem er den Finanzminister Südekum traf. Sie waren alle drei darüber einig, daß ein Streik der Eisenbahner außerordentlich verhängnisvoll sein würde und daß sie Kapp auf die Folgen eines solchen Streiks aufmerksam machen und ihn zum Rücktritt auffordern müßten. Da sich Kapps Macht auf die Kürtwischen Truppen stützte, gingen sie zu Kürtwig, dem sie den Reichstakt der Eisenbahner vortrugen. Kürtwig wollte von der Sache nichts hören, er verfrucht die Verantwortung auf Kapp zu schieben, indem er sagte: „Ich habe mich Kapp unterstellt und gehorcht seinen Befehlen.“ Auf Anraten des anwesenden Generals v. Hülsen ging aber Kürtwig doch mit zur Reichskanzlei, wo man Kapp in Gegenwart von Kürtwig, v. Falkenhäuser und des Generals Wrisberg auseinandersetzte, welche Folgen ein Generalstreik haben müsse. Dominicus glaubte als Oberbürgermeister am besten in der Lage zu sein, auf die Folgen, die ein solcher Streik für die Ernährungslage und für die Milchversorgung haben müßte, hinzuweisen. In der Kanalisation machte sich bereits eine Störung bemerkbar. Das alles machte auf Kapp erheblichen Eindruck. Als die Minister seinen Rücktritt forderten, wies er dies nicht etwa ohne weiteres als eine Unmöglichkeit ab, sondern erklärte, daß er am Nachmittag Antwort geben würde, nachdem er sich vorher mit seinen Kollegen beraten hätte. Eine Antwort kam nicht. Gegenüber erschien der Führer eines Stoßtrupps der Brigade Ehrhardt, Hauptmann von Puttkammer, am Nachmittag im Eisenbahnministerium und forderte die Namenslisten der Führer der Eisenbahngewerkschaften. Dies wurde natürlich abgelehnt.

Der nächste Zeuge ist der frühere preussische Finanzminister Dr. Südekum. Er erzählt die, wie er sagt, „romantischen Erzählungen“ des Geheimrats Dove, wonach Kürtwig ihn in einer nächtlichen Unterredung gebeten habe, man möge ihn in die Regierung Kapp aufnehmen und Hindenburg könne ja Präsident werden! Er habe sofort am Morgen des 13. März, nachdem er von den Vorgängen Kenntnis erhalten — er war an der nächtlichen Sitzung des Reichs- und des preussischen Kabinetts nicht beteiligt gewesen — bekommen, den Widerstand gegen die Murrpatoren zu organisieren. Er habe deshalb den Beamten des Ministeriums sofort Anweisung gegeben, ihren Dienst fortzusetzen und von niemand anderem als von ihm Befehle anzunehmen. Aus diesem Grunde habe er auch sofort die Gelder der Generalstaatskasse in Sicherheit bringen lassen. Die in Berlin anwesenden preussischen Minister hätten den Widerstand sofort aktiv organisiert. Ihm, Südekum, kam es aus diesem Grunde auch darauf an, wie sich die Sicherheitspolizei verhalte, da es in ihrem Kommando nicht ganz stimmte. Deshalb lud er noch am späten Abend den früheren Polizeireferenten Dove zu sich. Er habe Dove angefragt und ihm die Gefahr des ganzen Unternehmens für die Stellung Deutschlands vor Augen geführt. Die ernstliche Unterredung erzielte ihren Zweck. Südekum erfuhr, was er wissen wollte, und nach seiner Überzeugung verließ Dove ihn als einen innerlich gebrochenen Mann. Auf Wunsch Südekums sind Deser und Dominicus zu Kürtwig und Kapp gefahren, um das Ultimatum der Eisenbahner vorzutragen und den Rücktritt der Murrpatoren zu veranlassen. Auf der Fahrt vom Reichsministerium zur Reichskanzlei

## Danziger Fragen im Völkerbundrat

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundrates am 10. Januar sind auf Antrag Polens folgende Fragen gestellt worden: Einspruch der polnischen Regierung gegen die Entscheidung General Galsins in der Reichsfrage; Ernennung eines neuen Oberkommissars für Danzig, da die Amtszeit General Galsins im Januar abläuft; Fragen des Einbürgerungsrechtes der Einwohner der Stadt Danzig; das polnische Abkommen mit Norwegen; das polnisch-Danische Abkommen vom 24. Oktober; die finanzielle Lage Danzigs und Angelegenheiten des Danziger Senats.

Der polnische Delegierte beim Völkerbundrat, Astenazy, befragt uns bereits am 18. d. Mts. zwecks Vorbereitung dieser Fragen nach Paris.

## England und die deutsche Regierungskoalition.

Wie der „Kofalanzeiger“ wissen will, sei eine der Voraussetzungen, die von englischer Seite für irgendwelche Abmachungen in finanzieller Hinsicht verlangt werden, die Festigung der deutschen Regierung. Damit würde also die Frage der Regierungsübernahme wieder akut werden, und in parlamentarischen Kreisen sei es, wie das Blatt weiter mitteilt, kein Geheimnis, daß Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wegen Eintritt in die Koalition unmittelbar bevorstehen.

Es wird abzuwarten sein, ob bei dieser Meldung nicht der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Die Tendenz des „Kofalanzeigers“ läßt dies jedenfalls sehr naheliegend erscheinen.

## Russischer Protest gegen die Washingtoner Entscheidung.

Paris, 14. Dez. Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Neval hat Tschitscherin an Amerika und die andern Mächte eine Note gerichtet, in der er dagegen protestiert, daß sich die Konferenz von Washington unter Umgehung Rußlands mit der Regelung der Frage der chinesischen Südbahn beschäftigt, die nur Rußland und China interessiere. Tschitscherin fügte hinzu, Rußland weigere sich, jede Entscheidung der Konferenz in dieser Angelegenheit anzuerkennen. Obwohl Rußland bereit sei, gegen chinesische Garantien die Bahn China zu geben, so sei doch diese Uebertragung bis jetzt nicht vollzogen, und die russischen Rechte beständen noch in vollem Umfange.

## Drahtloser Hilferuf Nanfens.

Fritjof Nanfen, der sich augenblicklich im Gouvernement Siamara befindet, richtet von dort, wie der Ost-Express erfährt, einen drahtlosen Hilferuf an die gesamte Kulturwelt, in welchem er die grauen-

erregenden Zustände in diesen am schwersten vom Hunger betroffenen Gebieten, insbesondere im Kreise Pusulul, ausführlich schildert und alle Kulturnationen zu sofortiger dringendster Hilfeleistung auffordert.

## Aufstellung der Insel Jap.

Einer Washingtoner Meldung zufolge ist die Jap-Streitfrage durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt worden. Die Abmachungen unterlagen jede Befestigung der Insel und erkennen Japan das Recht zu, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Amerika ist weiter berechtigt, die Mandatur, welche der Völkerbund Japan für Jap und andere ehemals deutschen Inseln im Stillen Ozean und nördlich des Äquators gegeben hat, anzuerkennen. Indem also die Insel selbst japanisch bleibt, behalten die Vereinigten Staaten das Benutzungsrecht der Telegraphenlinie und weiter das Recht, auf der Insel eine drahtlose Station zu bauen.

Ueber die Zukunft der Insel Jap schreibt das „Journal“: Die Insel Jap, die von Spanien an Deutschland überlassen war und nach dem Kriege zwischen Japan und Amerika zu Differenzen Veranlassung gab, wird jetzt eine absehbare Insel werden. Alles ist in Ordnung gekommen. Amerika verzichtet darauf, Japan aus seiner Position zu verdrängen. Japan erhält also das Geld aus Jap, verpflichtet sich aber, die Insel nicht zu besetzen und die Anlage amerikanischer Kabel, sogar, wenn es gewünscht wird, einer drahtlosen Station nicht zu hindern. So kommt alles ins gleiche, wenn man sich bemüht, aus Konkurrenz und Feindseligkeit zu einer für beide Teile günstigen gemeinsamen Arbeit zu gelangen.

Die deutsche Regierung hat am 18. Dezember durch die deutsche Botschaft in Paris der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der die alliierten Mächte ersucht werden, eine baldige Regulierung derjenigen Schäden herbeizuführen, die während der Besetzungzeit in Oberschlesien durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind.

Im Berliner Hochbahnstreik sind die gestern auf Anordnung des Demobilisationskommissars zwischen den Vertretern des Personals der Berliner Hochbahn und der Direktion stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Der Streik geht also weiter.

Das Gehalt des Reichspräsidenten ist nach einem Beschluß des Hauptauschusses des Reichstages auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Möckner auf 200 000 Mark und die Aufwandsentschädigung auf 400 000 Mark festgesetzt worden.

Das englische Unterhaus erörterte gestern den irischen Vertrag. Lloyd George hielt eine längere Rede. Das Einkammerparlament will in öffentlicher Sitzung über die Ratifizierung des Vertrages abstimmen.

General Ludendorff mit Kürtwig zusammen im Auto. Er war dann auch in der Reichskanzlei. Man habe vorerst Kürtwig als auch Kapp so energisch zugeredet, wie man eben unter gebildeten Menschen reden kann, ohne handgreiflich zu werden. Kapp hatte die Dreistigkeit, den drei Herren anzubieten, in sein Kabinett einzutreten. Kürtwig hatte dagegen erheblich mehr Einsicht und sagte zum Schluss der Unterredung: Wenn ich sehe, daß mein Unternehmen scheitert, ziehe ich die Konsequenzen daraus, die ein preussischer Offizier in solchen Fällen zu ziehen pflegt. Zeuge erklärte, daß er sich erschüttert von Kürtwig trennte, da er glaube, seine letzten Worte so verstehen zu müssen, daß er als Offizier auch wirklich die in Offizierskreisen üblichen Konsequenzen ziehen würde, doch habe er sich darin getäuscht.

Am nächsten Tage hatte Südekum vier Hundertschaften der Sicherheitspolizei in der Hand. Ein Offizier nach dem anderen kam zu ihm um zu erklären, daß sie sich in den Dienst der Reichsregierung stellen. Zu dem Generalstreik trat der Streik der Generale, und erst dieser Umstand hat Kürtwig ins Wanken gebracht. Vori: Sie sprachen von Verbündeten Kapps. Wen halten Sie dafür? Zeuge: General v. Wrisberg und auch General Ludendorff, den ich sowohl im Admiralsgebäude, als auch in der Reichskanzlei angetroffen habe. Vori: Kapp soll Ihnen gegenüber geäußert haben, er habe den Reichspräsidenten abge-

setzt? Zeuge: In der Tat. Oberreichsanwalt: Betrachten Sie Herrn v. Jagow als einen Führer der Bewegung? Zeuge: Allerdings, da er doch ein Ministerium übernommen hat.

Auf Verlangen einiger Zeugen wurde noch das Verhalten der Angeklagten nach dem Scheitern des Putsches aufgeklärt. Jagow flüchtete erst, als er vor seiner Wohnung Kriminalbeamte sah. Wangenheim war zunächst bei einem Schwiegersohn in Pommern, nachher auf dem Gut eines anderen Schwiegersohnes in dem Kreise Königsberg, der bekanntlich an Polen gefallen ist. Von dort wies ihn die polnische Regierung im Herbst aus politischen Erwägungen aus, so daß er auf deutschem Boden verhaftet wurde. Sätzele war einige Tage nach dem Kapp-Putsch im Auslande. Der Reichsanwalt stellte fest, daß er sich mit falschen Pässen teils im Inland und teils im Auslande aufhielt. Als er wieder einmal die Grenze wechseln wollte, wurde er im Oktober von der deutschen Grenzpolizei festgenommen.

Nach einigen unbedeutenden Zeugenvernehmungen wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Anklage zwar auf Mittäterschaft am Hochverrat lautete, daß aber auch Beihilfe oder Mittäterschaft zum Hochverrat in Frage kommen kann, unter Umständen auch Amtsnachnahme, und zwar entweder selbstständig oder in rechtlicher Verbindung mit Hochverrat. Heute bleibt sitzungsfrei. Am Freitag vormittag beginnen die Plädoyers.

## Das Viermächteabkommen.

Wenn man den Vertrag, den die Vereinigten Staaten, England, Japan und Frankreich in Washington miteinander eingegangen sind, überprüft, fallen zunächst zwei Dinge auf. Das eine Mal fehlt China als vertragsschließender Teil, das zu gleicher Zeit Gegenstand des Vertrages ist; es fehlen ferner Holland und Portugal, die wichtige Interessen im Stillen Ozean zu verteidigen haben. Auf der anderen Seite weiß man nicht recht, was Frankreich als vertragsschließender Teil soll, da es Interessen in der kritischen Zone kaum wahrzunehmen hat und als Großmacht zur See nicht in Betracht kommt. Diese beiden Punkte kennzeichnen die Schwäche des Abkommens. Das Viermächteabkommen von Washington ist in erster Linie ein Sieg der Vereinigten Staaten, China, in drei feindliche Völker gespalten, ist Objekt, nicht Subjekt des Vertrages. Die Vertreter der Vereinigten Staaten legten zwar das größte Gewicht darauf, im Verlaufe der Konferenz immer wieder zu betonen, daß China ein selbständiger Staat, mit selbständiger Verwaltung und Selbstrechten sei, aber sie taten das nicht um der Freiheit Chinas willen, sondern um den überragenden Einfluß Japans in China zu brechen. Das ist ihnen gelungen, wenn der Vertrag, der ja nur Mantelvertrag für eine Reihe weiterer Einzelvereinbarungen ist, Mostkraft erhält.

Es war vorherzusehen, daß weder Holland noch Portugal in die Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten, England, Japan einbezogen wurden. Aber es war nicht zu erwarten, daß Frankreich Mitglied der Entente im Stillen Ozean würde. Holland und Portugal als Trabanten Englands waren Amerika nicht genehm, Frankreich als Trabant der Vereinigten Staaten war für England und Japan das rote Tuch, und es entspricht wohl den Tatsachen, wenn es heißt, daß man sich von dieser Seite energisch gegen die Einbeziehung Frankreichs zur Wehr setzte. Auch hier hat Amerika einen vollen Sieg errungen. Es wäre falsch, diesen Sieg, der zugleich ein Sieg Frankreichs ist, gering einzuschätzen. Die Aufnahme Frankreichs in die Entente am Stillen Ozean ist mehr als eine Höflichkeitssache. Bei Streitigkeiten wird Amerika selten auf die Stimme Frankreichs zählen können, ein mögliches Stimmenverhältnis für Amerika ist dadurch von vornherein in den Bereich der Unwahrscheinlichkeit gewiesen worden. Frankreich seinerseits hat einen Faktor mehr, durch den es seiner Weltmachtvollständigkeit gegenüber Stellung verliert.

Japan muß auf einen großen Teil seiner Zukunftspläne verzichten, wenn der Vertrag von Washington in Kraft tritt. Das ist eine politische Notwendigkeit in Japan auf den Widerstand einer ebenso vornehmen wie verbitterten Minderheit. Sie beweisen die wiederholten Ministerattentate der letzten Wochen, deren Opfer der Ministerpräsident Rei Sura war, und dem der jetzige Ministerpräsident Takahashi nur mit Mühe entging. Aber die liberalen und wortgefreuten pazifistischen Demokraten scheinen in Japan das Wort zu haben, und es ist anzunehmen, daß Japan sich in das Unabhängige seiner Lage fügen wird, solange die jegliche Parteilichkeit dort verbleibt.

Das Merkmal der Washingtoner Konferenz ist, daß der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit endgültig als Basis für Streitfälle zwischen einzelnen Vertragschließenden oder für unvorhergesehene Fälle angenommen worden ist. Der Gedanke zwischenstaatlicher Konferenzen ist lang, er hat im Völkerrecht nicht immer die glücklichste Verwirklichung erfahren, aber es ist ohne Frage ein großer Vorteil, wenn er sich als fester Bestandteil des Völkerrechts einbürgert.

Mit dem Viermächteabkommen ist allerdings die Konferenz von Washington nicht erledigt, es bleibt abzuwarten, ob die Abtrübnungsverträge und die vorläufig auch recht wenig fortgeschrittenen Verhandlungen über China und die Bestimmungen im Stillen Ozean zu einem allseitigen und eigenen Gerechtigkeit führen, und das haben wir auch durch internationale Währungs- und Wirtschaftskonferenzen mit einiger Aussicht gegenübersehen müssen, die die englische Presse im Anschluß an das Viermächteabkommen so temperamentvoll propagiert.

## Die Verdrängung belgischer Arbeiter.

Vor dem Berliner Landgericht begann ein auf mehrere Tage veranschlagter Prozeß gegen den Redakteur der „Arbeiter“, Heinrich Wendt, der wegen verdrängender Verdrängung des als Redaktionsleiter zugelassenen Generals a. D. v. Schmidt, Kriegsgerichtsrat Dr. Kuntze, und Kriegsgerichtsrats Dr. Schmidt beklagt ist. Dem Angeklagten, der sich seit 10 Tagen im Hungerstreik befindet, stehen die Reichsanwälte vom und Hofe auf der Seite. Es handelt sich um eine Artillerie „Stappe West“, in der dem General Schmidt Rechte zugewandt und widerrechtliche Denunziation der gesamten männlichen Bevölkerung aus dem belgischen Dorf stromabwärts während des Krieges zum Vorwurf gemacht wird. Einer Reihe von Beweisurteilen wurde nicht stattgegeben. Der Angeklagte wurde für verhandlungsunfähig erklärt, da er sich, wie der Sachverständige Hermann ausführt, nur in einem teilweisen Hungerstreik befindet. Nach kurzer Verhandlung erklärte Wendt, nicht weiter folgen zu können; die Verhandlung wurde deshalb vertagt.

Die Meldung, daß demnächst eine neue Verhandlung gegen einen kriegsbeschädigten Offizier stattfinden, ist die das „M. D.“ mittels unzulässig. Zwar handelt es sich um eine Reihe von der Entente beschädigten Offiziere. Die Verhandlung jedoch ist noch in keinem einzelnen Falle zum Abschluß gekommen. Aufgegeben ist auch kein Verhandlungstermin angesetzt oder in Aussicht genommen.

## Das kapitalistische Spiel mit Arbeiterleben.

Auf einen Antrag der Landtagsabgeordneten Kniebmann und Göttsche (D. P.) wurden neuerlich sämtliche Zeitarbeitsvereinbarungen der Bergwerksbetriebe in Preußen geprüft. Der Bericht des Handelsministeriums zeigt, wie notwendig eine fortgesetzte scharfe Kontrolle der Zeitarbeitsvereinbarungen ist. Es wurden unterrichtet 220 Zeitarbeitsverträge und 225 Nebenablagen

festgestellt wurden in 71 Fällen Zeitarbeitsvereinbarungen, in 57 Fällen hätte die Hauptvereinbarung verlagert. Während in den Oberbergsamtsbezirken Dortmund und Bonn die Zeitarbeitsvereinbarungen 26 bis 30 Prozent der untersuchten Zeitarbeitsvereinbarungen betragen, stieg der Prozentsatz in Oberschlesien auf 42, in Niederschlesien sogar auf 51 Prozent.

Wenn sich auf manchen Schächten geradezu eine Paniksituation geltend machte, so ist das verständlich, waren doch z. B. in einem Falle 84 Drahtbrüche in einem sechs Jahre aufliegenden Seil vorhanden. Trotzdem den Bergarbeitern dieser Zustand bekannt war, konnten sie diesem brüchigen Seil ihr Leben anvertrauen. Auf Antrag des Berichterstatters (Genossen Eiterich) beschloß der Ausschuß schließlich, alljährlich (neben den bergpolizeilich vorgeschriebenen) Prüfungen der gesamten Zeitarbeitsanlagen durch die zuständigen Organisationen unter Hinzuziehung der Betriebsräte vorzunehmen und dem Landtage das Resultat zur Prüfung zu unterbreiten.

## Wie die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden.

Im der französischen Zeitung „Matin“ vom 20. November wird die Arbeit im Hamburger Hafen und auf den Werften wie folgt geschildert:

„Tatsächlich gibt es in Hamburg keinen Stillstand der Arbeit. Tag und Nacht wird gearbeitet. Die Dockers regen sich nicht auf wegen des Achtstundentages; sie lassen sich zu gern Überstunden bezahlen.“

Nach die Frachtarbeiter bevorzugen diesen Hafen. Und Deutschland zieht daraus manchen Vorteil. Für die Versicherung oder Verladung eines Schiffes braucht man drei Tage und drei Nächte, und wenn es nötig ist, wird die Arbeit am Sonntag früh beendet. In London würde dieselbe Arbeit zehn Tage beanspruchen und noch unter der Bedingung, daß es nicht regnet. Londoner Dockers würden nie nachts arbeiten.

In Hamburg hat es neulich einen ganzen Tag geregnet, doch hat man deswegen die Arbeit nicht unterbrochen.“

Das Hamburger „Echo“ schreibt dazu: Die Hamburger Werft- und Hafenarbeiter, soweit sie freigezwecklich organisiert sind, werden über die Phantasien des Journalisten lachen, der das französische Blatt so „zu“ unterrichtet hat. In den Achtstundentag, das mögen sich all seine Feinde gesetzt sein lassen, löst auch die im Hafen- und auf den Werften beschäftigte Arbeiterschaft nicht rütteln. Dafür sprechen alle Beschlüsse der Arbeiterschaft, die in dieser Richtung bisher gefaßt worden sind. Aber die Sache hat noch eine ernste Seite. Mit solchen falschen Darstellungen über Ansichten und die Haltung der deutschen Arbeiterschaft sucht das französische Kapitalistenblatt die französische Arbeiterschaft zu beeinflussen, auch überweist das zu tun, was man den deutschen Arbeitern unterrichtet. Nach die deutsche Sozialistenpresse verfährt so. Sie bringt falsche Berichte aus dem Auslande über die dortige Arbeiterschaft, um die heimische zu beeinflussen.

## Wer leitet die bürgerliche Presse?

Komische Frage, sagt der Leser. Selbstverständlich redigieren auch die bürgerliche Presse die dazu bestellten Redakteure. Mein ferret angehen, mag das richtig sein. Wenn wir trotzdem die ganz sachliche und sachmännliche Frage aufwerfen: Wer redigiert die bürgerliche Presse?, so bestimmen uns dazu gewisse charakteristische Vorgänge, die sich in der letzten Zeit im bürgerlichen Zeitungswesen abspielten haben und die das Interesse der Arbeiterschaft und der Arbeiterpresse im höchsten Maße beanspruchen.

Vor uns liegt ein Rundschreiben, das die Zeitung der wirtschaftlichen Organisation der deutschen bürgerlichen Zeitungswörter, der Verein deutscher Zeitungswörter, vor längerer Zeit an seine Mitglieder gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

In der letzten Zeit sind wiederum Fälle vorgekommen, daß Fragen, die die wirtschaftlichen Interessen der Zeitungswörter und der Zeitungswörter in ihrer Eigenschaft als Unternehmer nur Arbeitergeber betreffen, im redaktionellen Teil der Zeitungen zu wenig zum Ausdruck des Wörtern aus behandelt worden sind.

Diese Frage gibt uns Veranlassung, an unsere Vereinsmitglieder im allgemeinen wie auch im einzelnen Interesse die folgenden Punkte zu richten, sorgsam darauf zu achten, daß in Zukunft im redaktionellen Teil über berufliche Fragen — wie beispielsweise Forderung, Betriebsbedingungen, Arbeitsnachweismöglichkeiten, Postbedingungen, Arbeitsnachweismöglichkeiten — nur in einer vom Verleger vorher genehmigten Fassung in der Zeitung Aufnahme finden. In jedem einzelnen Falle wird sich der Verleger im Hinblick die Frage vorlegen, ob eine Förderung der Arbeitsnachweismöglichkeiten überhaupt und Achts Zweckmäßig ist. (Nr. 12 v. 1911)

Um die Frage der Zeitungswörterorganisationen in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen, muß zunächst festgelegt werden, daß der Verein der Zeitungswörter eine sehr komplexe Organisation ist, deren Rundschreiben keine papiernen Rundschreiben sind, sondern die von den organisierten Zeitungswörtern im allgemeinen weitlich befolgt werden. Wenn die Organisation der Mitglieder sagt, daß ihre Absichten in höherem Maße die wirtschaftlichen Interessen der Verleger in ihrer Eigenschaft als Unternehmer und Arbeitgeber zu vertreten hätten, so heißt das nichts anderes, als die speziellen Interessen des Zeitungswörter als Arbeitgeber wahrzunehmen werden müßten, sondern es selbst mit brutaler Gewalt in der bürgerlichen Presse, deren Verleger in dem Verein der Zeitungswörter organisiert sind, müssen die allgemeinen Inter-

## Von der Wiedergutmachung.

Die Reparationskommission, die nach der Lieferung den Wert der Reparationen und der Einrückung der am 1. abgelieferten Schiffe auf 745 Millionen Goldmark festgelegt hatte, hat, wie aus Paris gemeldet wird, beschlossen, eine Abordnung nach Berlin zu schicken, die die Maßnahmen zu prüfen hat, die das allgemeine Verfahren der Naturalieferungen vereinfachen und abkürzen soll. Sie hat ferner beschlossen, der Tschecho-Slowakei das Anrecht auf die Wiederherstellung zu anerkennen, kraft der Friedensverträge von Versailles, Trianon und St. Germain seit dem 28. Oktober 1918, dem Tage der Anerkennung der Tschecho-Slowakei als verbündete Macht, die vor dem Waffenstillstand verkündet war.

Drohende russische Hungernot auch für 1922. In weiten Gebieten des europäischen Rußland sind die bisherigen Schneefälle so gering, daß man schon jetzt von einer drohenden Dürre für den kommenden Sommer im ganzen Süden, Südwesten und im Wolga-Gebiet sprechen kann. Dazu kommt, daß viele Gegenden kein Saatgut für die Frühjahrspflanzung besitzen. Der Bevollmächtigte des Deutschen Roten Kreuzes ist aus dem Hungergebiet nach Moskau zurückgekehrt, wo er die Mitteilung machte, daß die Hilfe in beschleunigtem Tempo einsetzen müßte, da es in vier bis fünf Wochen bereits zu spät sein könnte; demnächst werde eine größere Liebesgabenpende der deutschen Arbeiterschaft erwartet. 50 Waggons Lebensmittel sind als Spende des Papstes für die Hungernden Rußlands eingetroffen.

Die Mitgliederzahl der U.S.P. war bis jetzt ein langsam gehütetes Geheimnis. Einen ungefähren Schluß auf die Mitgliederzahl der U.S.P. läßt die jetzt bekanntgegebene Verteilung der Delegierten für den unabhängigen Parteitag zu. Danach werden an dem Parteitag 200 Delegierte teilnehmen, wovon 12 (also 6 Prozent) auf Düsseldorf entfallen. Da die U.S.P. in Düsseldorf nach ihren gelegentlichen Angaben 10000 Mitglieder hat und die Delegierten der Mitgliederzahl entsprechend verteilt werden, zählt die U.S.P. in ganz Deutschland noch nicht einmal 170000 Mitglieder. Im vorigen Jahre wurden noch 75000 Mitglieder angegeben! Auch die jetzt festgestellte Zahl dürfte noch sehr günstig angenommen sein, da ja die U.S.P. den größeren Teil der unabhängigen Partei übernommen hat und heute auch nur noch 15000 Mitglieder zählt. Die Sozialdemokratische Partei müßte bereits ein Vielfaches der Mitgliederzahlen beider Parteien und ist offensichtlich die Zeit nicht mehr fern, wo die immer härter abfallenden Sozialparteien ganz von der Bildfläche verschwinden und der sozialdemokratischen Einheitspartei Platz machen.

Die Abreise Briand's nach England ist für Sonntag, den 18. Dezember vorgesehen. Die Besprechungen mit Lloyd George dürften also am 19. Dezember stattfinden.

Eine Partei der „Parteilosen“. Die „Parteilosen“ des neuen Petersburger Sowjets haben sich zu einer Organisation zusammengeschlossen. Sie fordern die Genehmigung zur Einberufung einer besonderen Konferenz der Parteilosen und die Zulassung der Parteilosen zur Vertretung im Exekutiv-

rat und Arbeitgeberinteressen wirksamer und einheitlicher vertreten werden. Als Unternehmer und Arbeitgeber hat sich der Zeitungswörter mit der gesamten Unternehmerrchaft solidarisch zu fühlen und er hat die gewaltige Macht zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die in einer Zeitung liegt, zur Bekämpfung dieser Arbeitgeber-Solidarität zu benutzen.

Um ja keinen Zweifel über die An- und Abfahrt des Rundschreibens aufkommen zu lassen, werden einige Punkte angegeben, die der besonderen Schutz des Zeitungswörter empfohlen werden.

Von höchstem Interesse für die Arbeiterschaft ist die Forderung des Rundschreibens, diesen ganzen Komplex der Arbeiterfragen, für die Gestaltung der Lage der Arbeiterschaft so unendlich wichtigen Dinge, der Entscheidung des Redakteurs zu entziehen. Auf diesem Gebiete wird dem Verleger von seiner Organisation die Pflicht auferlegt, die Behandlung von Arbeiterfragen in seiner Eigenschaft als Unternehmer und Arbeitgeber zu senieren. Die Arbeiterpolitik der bürgerlichen Presse wird nicht mehr in der Redaktion gemacht, sondern im Privatkontor des Verlegers. Und der Zeitungswörter stellt sich bei der Ausübung dieser Funktion nicht als Zeitungswort, sondern als Vertrauensmann des allgemeinen Unternehmertums, als Sachverwalter der Unternehmer in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter.

Die Einbeziehung, die der Zeitungswörterverein damit den bürgerlichen Redakteuren angedeihen läßt, ist eine Sache für sich. Die Verleger werden ja wissen, was sie ihren Redakteuren bieten können. Dieser Vorstoß des Unternehmertums hat denn auch in der Organisation der bürgerlichen Redakteure, dem Reichsverband der deutschen Presse, ziemlich Staub aufgewirbelt und das Organ des Verbandes, die „Deutsche Presse“, hat in einem Artikel Stellung gegen die Einbeziehung des letzten Restes von formaler journalistischer Unabhängigkeit genommen. Aber bald ist die Opposition eingeschlagen. Die Meinung durch die Verleger im Sinne dieses Rundschreibens wird ausgeübt und die Stellung der bürgerlichen Wähler zu den großen sozialen und arbeiterpolitischen Fragen der Gegenwart wird heute vom Verleger als dem Vertrauensmann des Unternehmertums bestimmt.

Für den einzelnen Arbeiter erhebt sich nun riesengroß die Frage, ob er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, diese Presse noch zu unterstützen. Der Arbeiter, der fürderhin noch Abkommen eines bürgerlichen Wäters bleibt, tritt seine Interessen und die Interessen seiner Klasse mit Füßen, häßt die Feindschaft seiner schlimmsten Feinde mit seinem Geld, schließt sich selber!

## Bewilligung der Invaliden-Beihilfe

unter Annahme sozialdemokratischer Verbesserungsanträge. — Kommunisten als Schützer der Devisenspekulation.

### Vollziehung des Volkstages

am Mittwoch, den 14. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abgeordnete Kubert (Vot.) eine Erklärung ab, in der er bekräftigt, dass die Tagesordnung geändert zu haben; er habe die Worte „Kriegsleistung“ eine hervorragende Eigenschaft der Deutschen nicht gebraucht. Abg. Dr. Matthaci erwiderte, dass die Worte wohl gefallen sind.

Nachdem die Tagesordnung endgültig festgelegt war, ging das Haus an die 1. Beratung eines Gesetzesentwurfes betr.

#### Abänderung der Post-, Postschek-, Telegraphen- und Fernsprechtarifbestimmungen.

Abg. Mau (N. Z. P.) lehnte den Gesetzesentwurf im Namen seiner Fraktion ab, da es mit der Verfassung in Widerspruch steht, wenn nur der Senat über die Erhöhung dieser Gebühren bestimmt. Darüber müsse der Volkstag entscheiden. Die Gesetzesvorlage wurde dem Verkehrsministerium überwiesen.

Die Vorlage betr. Abänderung der Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen wurde ohne Wortmeldung in 2. Lesung verabschiedet. Der Gesetzesentwurf zur Abänderung des Stempelsteuergesetzes wurde in 3. Lesung endgültig angenommen.

#### Bei der Beratung der

##### Kraftfahrzeugsteuern

wandte sich der Abg. Hahn (N.) gegen die Besteuerung der Kraftfahrzeuge und der Kraftautomobile. Die Steuer sei verkehrshindlich und werde auf die Allgemeinheit abgewälzt. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten in 3. Lesung angenommen.

#### Die Beschaffungsbeihilfen für die Invaliden und Unfallrentner

veranlaßten alsdann eine längere Aussprache.

##### Abg. Gen. Moskowki

als Berichterstatter des Ausschusses:

Dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten lagen 2 fertige Gesetzesentwürfe vor, einer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion, der andere von der Kommunistischen Partei. Beide hatten zum Ziel, den Invaliden-Rentenempfängern und ähnlichen Unterstützungsberechtigten eine Unterstützung zu gewähren. Der Antrag der Unabhängigen bezweckte eine einmalige Unterstützung in einer Höhe von 1200 bis 800 Mk., nach dem Grade der Unterstützungsberechtigung, während in dem Gesetz der Kommunistischen Partei zum Ausdruck kam, neben der einmaligen Beschaffungsbeihilfe eine

##### dauernde Beihilfe zu gewähren.

An zwei Sitzungen hat sich der Ausschuss für soziale Angelegenheiten mit diesem Thema beschäftigt.

Nachdem der Senatvertreter in der ersten Sitzung erklärt hatte, daß die Zahlung einer laufenden Beihilfe an diese Invalidenrentner gesetzlich geregelt werden soll, und daß dem hohen Senat in Kürze ein Gesetzesentwurf hierüber vorgelegt werden soll, entließ sich der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, seinen Antrag manchen des Gesetzesentwurfes der Kommunistischen Partei zurückzuschieben. Dieser bildete nunmehr die Grundlage der Beratung im Sozialen Ausschuss. Es kam nach langwierigen Verhandlungen, nachdem den einzelnen Fraktionen noch einmal Gelegenheit gegeben war, zu den einzelnen im Ausschuss gehaltenen Abänderungsanträgen Stellung zu nehmen, zu folgendem Gesetzesentwurf, der im Ausschuss für soziale Ange-

legenheiten angenommen worden ist. Der § 1 dieses Gesetzes lautet: Allen Empfängern von Invaliden-, Alters- und Invalidenrenten einstellt, die Invaliden der ehemaligen Erwerbsleistung, sowie deren Witwen und allen mehr als 50 Prozent erwerbsunfähigen Empfängern von Unfallrenten, eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 500 Mark. Für Empfänger von Unfallrenten eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 200 Mark zu gewähren. Die Zahlung erfolgt nicht, wenn der Berechtigte in dauernder Arbeit steht oder in das Mittel der Erwerbslosenfürsorge Unterstützung bei der Suche nach einer Stelle nach dem Gesetz vom 27. September 1921 Anspruch auf eine höhere Rente haben, erhalten die im § 1 dieses Gesetzes bezeichneten Beschaffungsbeihilfe nicht. Die Beschaffungsbeihilfe wird aber an diejenigen Berechtigten gewährt, welche vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bis zu 13 Wochen zurückgerechnet in Beschäftigung stehen.

Es war von den verschiedenen Antragstellern der Antrag gestellt worden, ein bestimmtes Jahresverkommen als Grundbedingung anzunehmen, bis zu dem der Antragssteller noch die Beihilfe in Anspruch nehmen soll. Es ist dann eine Entzweiung im Ausschuss dahin aufhabe gekommen, daß, wie im § 1 unten Absatz zum Ausdruck kommt, auch die Invalidenrentenempfänger und Unfallrentner die Unterstützung bekommen sollen, die bis 13 Wochen zurückgerechnet vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes in Arbeit und Beschäftigung stehen. Neben den Begriff der Beschäftigung und des Einkommens ist im Sozialen Ausschuss zum Ausdruck gekommen, daß die

Ausführungsbestimmungen hierzu nicht eingehend gefaßt werden sollen,

und daß nicht etwa in Erwägung treten soll, daß Invalidenrentner oder Altersrentner, die geringere Einkommen dadurch haben, daß sie eine Fortkürzung besitzen, eine Zerschneidung nachteilig machen oder bei einem Verstoß höher liegen noch beschlagnahmt sind und gegen ein vorläufiges Entgelt, das diese schließlich durch die Ausführungsbestimmungen durch den Senat oder seine Vertreter um diese Unterstützungsberechtigten gebracht werden sollten. Alle diese sollen in den Genuss der Unterstützungsberechtigten kommen.

Der § 2 im Gesetzesentwurf der Kommunistischen Partei, der eine laufende Beihilfe für Unterstützungsberechtigten vorzusehen hat, ist geändert worden mit Rücksicht darauf, daß durch den Senat ein dergleichen Gesetz, das die laufende Beihilfe regeln soll, dem Volkstage vorgelegt werde.

§ 2. Die zur Deckung erforderlichen Mittel erlangen durch die den Volkstage vorkommenden Steuernachlässe. In dem Kommunistischen Antrag ist zum Ausdruck gebracht, daß diese Ausgaben für Rentenbezügler durch ein Kreditkredittgesetz gedeckt werden sollen. § 3 legt dieses Gesetz sofort in Kraft. Der Ausschuss ist einstimmig der Meinung, daß den Invalidenrentnern unter allen Umständen

##### schnelle Hilfe

zuteil werden soll, daß, natürlich soweit es möglich ist, an alle diese unabhängigen Volksschichten bis Weihnachten diese Beihilfe zur Auszahlung gelangt sein soll. Der Ausschuss hat auch zum Ausdruck gebracht, wenn hier oder dort Parteien in Erwägung treten sollten, daß dann die betreffenden Antragssteller Unterstützungsberechtigter oder Rentenempfänger sofort Bericht über die bei den zuständigen Stellen nach Weisungen erheben sollen, damit sie dann in der Zeit von Weihnachten bis Neujahr in den Besitz der Unterstützung gesetzt werden sollen.

Der Ausschuss hofft, daß seinen Wünschen Beachtung getragen und daß mit möglichster Beschleunigung an die Auszahlung dieser Unterstützungsberechtigten herangezogen wird, und daß möglichst alle Renten, die in den Genuss dieser Unterstützung gesetzt werden sollen, bis Weihnachten erhalten. Ich habe Ihnen im Namen des Ausschusses zu empfehlen, diese Vorlage anzunehmen.

Abg. Schmidt (N.) begründete einen Abänderungsantrag zu § 1 des Gesetzes, nach dem der Prozentfuß der Unfallrenten auf 50 Prozent herabgesetzt und die Beihilfe auf 500 bzw. 200 Mark erhöht werden soll. Weiter verles er darauf hin, daß in der Invalidenrentenversicherung kein Recht wurde, daß

##### Renten von 4 Mark monatlich

geleistet werden. Die Höchstrente beträgt 270 Mark monatlich. Von diesen Renten kann niemand leben. Weiter verlangte eine höhere Behandlung der Hilflosen durch den Reichsausschuss. Es sei zweckmäßig, aus den Renten der Invaliden einen Prozentsatz zu entnehmen. Abg. Schmidt stellte fest, daß die Reichsausschüsse im Gesetzesentwurf auf Antrag der Sozialdemokraten erfolgt sind. Diese Partei müsse sich an ihre Wohlverpflichtungen erinnern.

Abg. Gebauer (N. Z. P.) erinnert daran, daß Abg. Gen. Arznowski die bürgerlichen Ausschussmitglieder aufforderte, in die Bestimmungen der Invaliden zu gehen und sich von der Not dieser Leute zu überzeugen. Bei den Anträgen und Verhandlungen haben die bürgerlichen Vertreter, insbesondere der Abg. Niehans, die Vorlage verächtlich gelacht. Sie verlangten zwar, daß die 500 Mark auf eine eventuelle Gehaltshöhe der Renten anzurechnen werden. Weiter verles er eine Rede, die Dr. Niehans 1910 auf einer Anwaltsversammlung gehalten hat, worin die sozialdemokratische Demagogie der bürgerlichen Parteien treffend auseinandergesetzt wird. Jetzt werden auf Veranlassung dieser Herren die einseitigen Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen.

Abg. Sturm (N. Z. P.) erklärte, daß die Vorlage für die Invaliden bekannt sei. Die Deutsche Partei werde für die Ausführungsvorlage stimmen.

##### Abg. Genosse Arznowski:

Ausschuss möchte ich zwei Abänderungsanträge, die ich gestellt habe, im Namen meiner Fraktion begründen. Zunächst bitte ich im § 1 als neuen Absatz folgendes hinzuzufügen: „Die

#### Beihilfen erhalten auch diejenigen Personen, welche die Anwartschaft auf die Invalidenrente verloren

und 15 Beitragsarten vollständig geleistet haben.“ Es gibt eine ganze Reihe von Personen, die in den Genuss einer Invalidenrente nicht gekommen sind, weil sie aus Unkenntnis der Versicherungsordnung versäumt haben, im Laufe von 2 Jahren mindestens 20 Beitragsmarken zu zahlen. Wer also bis 15 Markten geleistet hat, hat die Anwartschaft auf die Invalidenrente verloren, das ist natürlich eine besondere Härte für solche Personen, die hiervon betroffen werden.

Ich nehme an, daß die Fraktionen, auch der Rechte des Senats, diese Härte nicht haben wollen, sondern auch diese mit der einmaligen Beihilfe bedenken wollen. Ich möchte Sie bitten, diesem Abänderungsantrag zu § 1 die Zustimmung zu geben.

Weiter ein Abänderungsantrag, der dahin geht, hinter die Worte: „Die Zahlung der Beihilfen erfolgt nicht, wenn der Berechtigte in dauernder Arbeit steht“, hinzuzufügen: „vollbezahlte Arbeit“, denn es gibt zweifellos viele

## Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

## Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

(8.) (Fortsetzung.)

„Warum nicht?“ antwortete sie und sah lachend auf seinen neuen Anzug.

„Derr Schiemann hat ihn mir gebergt.“ fuhr er fort.

„Da ist er,“ sagte sie, „er wird dich brauchen können.“

„Ein laßte Thorfel auf.“ „Das ist richtig, Sigrid. Hier ist ein Brief an den Pastor. Sie meinen es beide gut mit mir.“

„Wahre dich aber doch, Thorfel.“ sagte Sigrid.

„Wovor?“

„Vor Unrecht.“

„Mu, nu!“ sagte er, „traust du mir Unrecht zu?“

Sie schüttelte den Kopf und ihre blauen Augen glänzten dabei als kleine die Sonne hinein.

„Gib deine Hand her, Sigrid!“ rief er freudig.

„Nein, nein!“ versetzte sie, „Vater hat es mir verboten, auch soll ich nicht mit dir sprechen, es sei denn, daß es nicht anders geht.“

„Und es geht eben nicht anders.“ lachte er.

„Weil Jungfrau Elise vom Pfarrhofs hier bei mir war, es ist kaum eine Stunde vergangen.“ fuhr Sigrid fort, „und ich mußte ihr geloben, daß ich dir sagen wollte, sobald ich dich sähe, sie müßte mit dir sprechen und wollte heute Abend, wenn das Essen vorbei und es dunkel geworden, im Garten ein Gespräch hier an der Ecke am See.“

„Und was gibt es wichtiges zwischen dir und Thorfel?“ fragte Thorfel, „du hast mich also erwartet?“

„Dreißig habe ich es,“ versetzte sie, „Vater ist mit beiden Worten hinaus auf der Angerwiese, so stand ich am Fenster und sah dich kommen. Nun aber soll ich tun, was ich haben will, und sollst es mir schmerzen.“

„Das will ich, Sigrid.“ sagte er.

nicht noch mehr erzählen, mußte haben, daß er wieder sagt: „Wir sind willkommen!“

„Wie soll ich das anfangen liebe Sigrid?“

„Geh mir ein.“ Aber den Worten half er. Und nun, Thorfel, höre an. Du bist ein stolzer Mann, dennoch sollst du nicht widersprechen. Was ich dir sage, das nimm und geh dir und nur damit, wenn du es kannst. Wie ich es mein, nun achte hier auf dem Pastor und mache es gut.“

„Die drei Briefe sind einsatz in die Hand, das in Papier eingeschlossen und gibt sich ins Haus und mach die Tür zu. Da er den Schlüssel abnahm, sah er ein kleines Täschchen, und als er es öffnete, lagen drei Banknoten darin, eine jede von zehn Talern. Er hielt sie vor sich und sah darauf hin; dann kam es ihm hell in die Augen und plötzlich rief er laut:

„Gottes Dank, Sigrid, Gottes Dank! Ich nehme es gerne an von dir und will es dir leihen mein Leben lang.“

So machte er das Täschchen ein und ging hinauf zum Pfarrhofs. Das war ein schönes, neues Haus, geräumlich und mit großen Fenstern, wie die Häuser in der Stadt. Die Fenster mit Tafeln besetzt, die Türen weiß gestrichen, die Möbel und Geräte, wie sie Herren von Rang und Reichtum besitzen. Der Pfarrer von Rosenthal hatte aber auch ein schönes Einkommen von mehr als die Stelle bringe mehr als zweitausend Taler jährlich, und überdies hatte Herr Jans viele andere Geld und eine Frau geerbtet. Sie war auch nicht wenig reich. Jungfrau Elise war sehr ein Kind im Hause, seinen Eltern hatte er auf der hohen Schule in Gumbinnen. Die beiden wußten einmal alles erleben, daß damit hatte es wohl noch Zeit, denn Herr Jans war noch sehr nicht alt, kaum fünfzig, ein stattlicher Mann, der das neue Lebens freute und gern ebensowohl verweilte. Er war in seinem Hause sehr, wie nach Wolde blühender und sehr umher in den verschiedenen Kapiteln und Landereien.

„Vorher fuhr er auch häufig nach der Insel Dierke, auf das Gut des alten Pfarrers Wolde in Wolde und blieb dort nicht als einem Tag. Die Dierke war so groß, daß die Leute meinten, es würde auch die Dierke durch den Meeresspiegel gehen, wenn des Herrchen Sohn Erik die Jungfrau Elise mit heimföhre. Da aber der alte Herr Jans war und es so beliebt, wie seine Vermögensverhältnisse, verlor er nicht den Willen, das Gut zu behalten. Es ent-

standens Anfertigkeiten mit dem jungen Erben, Erik Wolde wurde im Pfarrhofs fast anzuheben, und statt, wie es anfangs geblieben, seinen Abschied zu nehmen und in Wolde zu gehen, die Wirtschaft zu führen, ging er schließlich zu dem Herrschaftsamt zurück und überließ es seinem alten getreuen Verwalter, die andrängenden Glandiger zu beschwichtigen.

Darüber war nun Jahr und Tag vergangen, aber seit dieser Zeit hatte die Freundschaft des Pfarrers mit dem Herrn Schiemann in Wolde angenommen. Was er an dem Herrchen verloren hatte, ersetzte ihm der Kaufmann bald und besser. Herr Schiemann war ein kluger und reicher Mann, geachtet überall und mit den ersten Familien in Freundschaft. Er war ein Winter, kaum vierzig Jahre alt, hatte keine Kinder. Es gab kein Mädchen, das nicht gesagt hätte, wenn er anwesend wäre, und daß der hochwürdige Herr Wolde nicht mit seinen Besuchen war, konnte der Herrschaftsamt nicht verstehen. Wäre Jungfrau Elise eben so reich wie der empfangen, wie ihr Vater mit anwesenden Glandiger, so hätte die Rechnung längst ihren Lohn bekommen. Aber sie war so kalt und schwer wie ein Eis, wenn er aus dem Wasser gezogen werden soll, so erwacht, daß sie über seinen Zweck stehen mochte, und überdies, so unerbittlich, daß alles Mädchen um ihren Beifall strebte. Je mehr die Freundschaft ihres Vaters mit dem Herrn Schiemann wuchs, um so hummer wurde die Freundschaft mit dem Herrn Wolde. Herr Schiemann war aber sehr reich, wie die Freundschaft ihres Vaters mit dem Herrn Schiemann wuchs, um so hummer wurde die Freundschaft mit dem Herrn Wolde. Herr Schiemann war aber sehr reich, wie die Freundschaft ihres Vaters mit dem Herrn Schiemann wuchs, um so hummer wurde die Freundschaft mit dem Herrn Wolde.

„Eben heute,“ sagte Thorfel in seinem Hause anfangte, hatte er dies auch getan, denn Elise hatte ihm gestern Gelegenheit zum nächsten Willkür gegeben. Herr Schiemann war überaus artig und vornehmend gewesen, aber sie hatte keine Willkür weniger als sie erwidert, hatte sie abgewandt. Herr Schiemann und Herr Wolde waren zulezt war sie verlobt worden und ließ sich nicht wieder blicken, gerade da Schiemann erzählte, daß Wolde's Gut unter dem Hammer kommen würde, denn die Glandiger bräuteten den, und daß er es kaufen werde.

(Fortsetzung folgt!)



# Bauarbeiter und Teuerung.

**Gleichstellung mit den deutschen Löhnen verlangt. — Protest gegen die Vorenthaltung der Erwerbslosenunterstützung.**

In einer gestern abend im Vertikaleshaus tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes sprach Genosse Brill eingehend über die Ursachen der heutigen Teuerung. Es sei unmissverständlich, daß die Bauarbeiter mit den jetzigen Löhnen auskommen können und müsse deshalb gefordert werden, daß die Danziger Bauarbeiter unter Berücksichtigung der äußerst teuren Danziger Verhältnisse endlich mit den Löhnen ihrer deutschen Kollegen gleichgestellt werden. Die Forderung könne nicht abgelehnt werden, weil der Senat für sich und seine Beamten dieselbe Formel anwende. Redner schlug folgende Entschliessung zur Annahme vor:

Durch die Spekulation gewissermaßen Vorkriegslohn und durch die vermehrte Fälligkeit der Warenbesitzer wird das Danziger Volk nach allen Meigen der Armut ausgebeutet. Darum sehen die Danziger Bauarbeiter sich genötigt, durch Not und Verdrüssung im täglichen erfolglosen Kampf um das wirtschaftliche Gleichgewicht zu kämpfen, und über die bisher unzureichenden erzielten Vorkaufsalagen erbittern, erneut Lohnforderungen zu stellen, und sehen als das Mindestmaß ihrer Forderung an, daß sie endlich mit den Löhnen ihrer deutschen Kollegen gleichgestellt werden, unter Berücksichtigung der äußerst teuren Verhältnisse Danzigs. Sie sind ferner der Ansicht, daß diese Forderung sofort erfüllt werden muß, denn der übergroße Teil der Bauarbeiter weh heute schon nicht mehr, wie er auch nur die kleinsten Bedürfnisse des Lebens befriedigen soll. Es kann nicht mehr gewartet werden. Wenn der Unternehmer die volle Einsetzung der Arbeitskraft fordert, muß andererseits der Bauarbeiter verlangen, daß er ordnungsmäßig bezahlt wird.

Die Versammlung beauftragt die Vertikales, sofort Verhandlungen nachzugehen und mit allem Nachdruck die Forderung zu erwirken.

Sodann sprach Brill über die Verweigerung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung an Bauarbeiter durch den Senat. Redner kammelte zunächst den Ton, der heute noch in den Vorlesungen aus der vor-novemberlichen Zeit herrsche und der besonders bei den Unterhandlungen in der Erwerbslosenunterstützung mitzusehen sei. Die dortigen Vertreter des Senats berufen sich bei ihrer Verweigerung der Zahlung auf Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums, trotzdem nachgewiesen wurde, daß in ganz Deutschland an Bauarbeiter Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. Auch Verhandlungen mit dem Senator für Soziales scheiterten. Dieser erläuterte einige seiner Grundzüge, die er schriftlich mitteilen wollte, was er selber bis heute nicht getan hat. Der Redner verlegte dann den Begriff Saisonarbeiter und führte die Gründe an, weshalb

den Bauarbeitern die Erwerbslosenunterstützung zu Unrecht entzogen wird. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl er die Annahme nachfolgender Entschliessung:

Die heute tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes protestiert auf das Entschiedenste gegen die Verweigerung der Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an Bauarbeiter. Sie verurteilt auf das Schärfste die unsoziale Auslegung des Gesetzes durch Beamte, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, dem Gesetz jeden sozialen Charakter zu nehmen und dafür das Gesetz in der raffiniert gemeinsten Weise auszulegen. Dadurch wird dieses Gesetz zu einer Farce. In ganz Deutschland wird nach wie vor Erwerbslosenunterstützung an die Bauarbeiter gezahlt und zwar mit Recht, denn die Zeiten, in denen nur in den Monaten April bis Oktober gebaut wurde, sind längst gewesen. Heute wird zu jeder Zeit mit einem Ren-, Umbau oder Reparaturen von Bauarbeiten begonnen. Die Beschränkungen sind gefallen. Außerdem hat sich vor dem Kriege für Bauarbeiter Gelegenheit, während der Zeit des Jahres, in der nur bei ver-ländeter Arbeitszeit im Baugewerbe gearbeitet werden konnte, in der Industrie unterzukommen. Diese Arbeits-möglichkeit ist den Bauarbeitern durch die große Arbeitslosigkeit der andern Berufe genommen, ja, die Bauarbeiter werden bei Beschäftigung in einem andern Berufe dem Baugewerbe zwangsweise zugeführt, darum kann und wird in Deutschland an alle Bauarbeiter, sind sie nicht durch eigenes Verschulden arbeitslos geworden, Erwerbs-losenunterstützung gezahlt. Wir sind hier in Danzig man-ches gewohnt, glauben aber nicht, daß Beamte, die bei Regelung ihrer eigenen Bezüge immer deutsche Verhält-nisse unter Berücksichtigung der äußerst teuren Danziger Verhältnisse berücksichtigen, bei Arbeitern in dieser nieder-trächtigen Weise verfahren werden. Wir fordern die Par-tikeln des Volkstaats auf, insbesondere die Arbeiterpar- teien, und verpflichten diese, dem Gesetz eine Auslegung zu geben, die unmissverständlich die Arbeitslosenunterstützung nicht von der Erwerbslosenunterstützung ausgenommen werden und daß an Bauarbeiter aller Art bei Arbeitslosigkeit Er- werbslosenunterstützung gezahlt wird, um sie vor dem Verfall in immer größerer Elend zu bewahren und mit ihren Familien vor dem Verhungern zu schützen.

Von dem Vorstande des A. G. A. fordert die Versamm- lung, ebenfalls seinen ganzen organisatorischen Einfluß einzusetzen, daß die Forderung der Danziger Bauarbeit- lerschaft erfüllt wird.

Welche vom Redner vorgelegte Entschliessungen wurden einstimmig angenommen.

## Danziger Nachrichten.

**Das Danziger Industriezweckhausprojekt.**

Es wird beabsichtigt, in Danzig ebenso einen In- dustriezweckhaus zu errichten, wie solche bereits in Hamburg und an anderen Ostseehäfen bestehen oder zum Teil noch geplant werden. Derartige Industrie- zweckhäuser haben den Vorzug, daß für die in ihnen liegenden industriellen Betriebe die Schwierigkeiten der zollnerischen Behandlung der in ihnen zu veror- betenden Rohstoffe, Halbfabrikate und zum Teil auch Fertigerzeugnisse fortfallen. Für die Einbeziehung in einen Industriezweckhaus kommen Industrien in Frage, die lediglich oder hauptsächlich für den Welt- markt arbeiten und auf deren Roh- und Halbfabrikate derartig hohe Zölle liegen, daß sie im Zolllande sonst nicht bestehen oder wenigstens nicht für die Industrie arbeiten könnten. Zollinteressen werden durch diese Anlage nicht geschädigt. Polen sowie Danzig haben das gleiche Interesse, daß Industrien, die sonst aus zollnerischen Gründen nicht lebensfähig sein würden, ein Tätigkeitsfeld eröffnet wird. Der Senat hat sich eingehend mit der Angelegenheit befaßt und wird sich für das Projekt einsetzen.

**Protestversammlung gegen die Mietpreiserhöhung.**

Der Verband der Mietervereine hatte zu gestern abend im Säulenhause eine Protestversammlung gegen die von den Hausbesitzern gezielte Mieterhöhung um 10 Prozent einberufen. Der Redner, Herr Wozniakowski, wandte sich in langen Ausführungen gegen diese unbedingte Miet- erhöhung. In einem weiteren Vortrage trat Herr Talski für Weibehaltung des Mieteingangsamts und des Woh- nungsamts ein, die von den Hausbesitzern gern beseitigt werden möchten. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der eine 35-prozentige Mieterhöhung als gerecht- fertigt anerkannt wurde. Die Weibehaltung der Haus- besitzer lehnte die Versammlung einstimmig ab.

Das Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Volks- tagsabgeordneten ist vom Danziger Senat an den Volkstag zurückgegeben worden. Sämtliche Paragraphen der Vorlage sind unverändert geblieben bis auf den § 2, der nunmehr lautet: Die Aufwandsentschädigung beträgt für die in den Abgeordneten, die innerhalb des Stadbezirks Danzig und der von dort durch Straßen oder Vorortbahn erreichbaren Dörfer wohnen, monatlich 1200 Mark, für die übrigen Abgeordneten monatlich 1500 Mark. Der Präsident des Volkstages erhält eine weitere Aufwandsentschädigung von 400 Mark, die beiden Vizepräsidenten eine solche von je 300 Mark monatlich. In einer Entschliessung wird Freiheit auf den Straßen Mühlhauz-Vissen und Kalbf-Marienburger und der Danziger Straßenbahn gewünscht.

Für die Polizei- und Arbeiter ist ein neuer Lohnsatz mit Wirkung vom 15. Dezember in Kraft getreten. Danach beträgt der Tagelohn für sämtliche Arbeiten, ganz gleich, ob es sich um Schwer- oder Leichtarbeit handelt, 109 Mark. Für die Bearbeitung von Holz und Erz wird ein Zuschlag von 20 Mark zu obigem Tagelohn gezahlt. Beim Abladen oder Entladen von Munition jeder Art wird eine Ge- fahrentulage von 5 Mark pro Stunde gezahlt. Aufgefangene

halbe Tage gelten als volle Tage. Ueberstunden unterliegen der freien Vereinbarung. Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei am 1. und 15. jeden Monats mit 14-tägiger Frist gekündigt werden.

Die Bestimmungen über die Lohnzahlung haben nur Geltung bis zum 31. Dezember 1921. Der Senat beantragt deshalb beim Volkstag, daß die Verordnung auch weiterhin in Wirksamkeit bleibt. Ueber die Höhe der Zahlungsgrenze schweben Ermittlungen. Nach deren Abschluß soll ein Gesetzentwurf hierüber vor- gelegt werden.

Streik der Herren- und Damenmohlschneider. Die ver- einigten Arbeitervereine für das Schneidergewerbe haben mit übergroßer Mehrheit beschlossen, heute in einen Abschwärz einzutreten, weil die Arbeitgeber sich nicht an die zentrale Abmachung halten.

Arbeitskräfte gesucht. Das städtische Arbeitsamt hat in der heutigen Nummer dieser Zeitung eine Reihe von Arbeits- kräften zur sofortigen Vermittlung. Arbeitsangebote sind an die Vermittlungsstellen des Arbeitsamts, Alst. Graben 51/52 (früheres Garulionlazarett), zu richten.

Stadttheater Danzig. Die DIRECTION des Stadttheaters hat Frau Kammerfängerin Mine Sanden von Leipzig für ein zweimähtiges Gastspiel verpflichtet. Die Künstlerin wird am Montag, den 19. Dezember, die „Martha“ in dem Musik- drama „Tessand“ von Albert und am Mittwoch, den 21., die Titelpartie in der Oper „Aida“ singen. Die Vorstellungen finden im Abonnement bei Gastspielreisen statt. — Dr. Wäfler teilt mit, daß er erkrankt ist. Die literarische Vor- geseher fällt deshalb Sonntag aus. Im Spielplan tritt ebenfalls eine Änderung ein. Sonnabend wird anstatt „Wallenstein Tod“ „Die Fahrt ins Blaue“ gegeben.

Vermisstes Mädchen. Am 19. d. Mts., gegen 11 Uhr vor- mittags, wurde die 15-jährige Verra Klatt, wohnhaft Burg- straße 4, 1 Z., von ihrer Mutter zum Hauptpostamt geschickt. Sie ist von diesem Gang nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß ihr ein Unglück zugefallen ist. Die Klatt ist ca. 1,70 groß, schlank, war bekleidet mit einem schwarzen Mantel mit Pelzbesatz, schwarzem Sammthut, dunkelblauem Rock, schwarzen Strümpfen und niedrigen schwarzen Span- nenschuhen. Um zweifelhafte Mitteilungen bittet das Polizei-Präsidium, Abteilung 1c.

Schiffnachrichten. Cuyana: Deutscher D. Perma von Hamburg und Ewinemünde mit Gütern; deutscher D. Woewe von Bremerhaven mit Passagieren; Seeflepper Vulcan von Kolding leer; norw. D. Hansa II von Haugefund mit Perlin- gen; deutscher D. Arcana von Stettin mit Gütern, englischer Dampfer Baltabor von London mit Passagieren und Gütern; norw. D. Ragatind leer; Danziger D. Pertha von Hela mit Passagieren und Fischen; norw. D. Edna leer. Zu erwarten sind die Dampfer: Hansa, Gustav Fischer, Adolf Sommerfeld, Formis, Samland (heute, den 14. 12. abends fällig), Heinrich, Ferdinand. — Ausganga: Holl. D. Dido nach Amster- dam mit Gütern; deutscher D. Castor nach Rotterdam mit Gütern; Landdampfer Erik Staur nach Kopenhagen mit Obst; finnischer D. Vega nach Helsingfors mit Gütern; dänischer D. Niels Ebersen nach Kopenhagen mit Passagieren und Gütern; deutscher D. Woewe nach Künigsberg leer; deutscher D. Thor nach Vibau und Vikau mit Passagieren und Gütern; Danziger D. Gertha nach Hela leer; deutscher D. Grünhott nach Ewinemünde mit Passagieren; englischer D. Ewina nach Reich über Memel mit Reisefreien.

Polizeibericht vom 15. Dezember 1921. Festgenommen 13 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Unter-

schlagung, 8 im Polizeihalt. — Verhaftet 7 Personen. — Gefunden: 1 wahn. Vah für Julek Biorowa; 1 Tauffchein für Helene Wilm; 1 Silberuhr, 1 Silberarmband, abgehoben aus dem Kundbureau des Polizeipräsidiums; 1 wahn. Ab- weiche mit versch. Uhrmacher und einem Stein, abgeh- ohen von Herrn Marjan Pichowski, Telegraphen-Kaserne; 1 wahn. Entz., abgehoben von Frau Anna Teitloff, Bröden, Pflanzstraße 3; 1 Uhr, mittelgr. Quard mit Goldband, ab- gehoben von Frau Helene Pichowski, Domstr. 18; 1 braun und weißell. Quard, mit Marke 1120, abgehoben von Frau Pore Gehrmann, Mühlberg 27; 1 br. Jagdhändlin, abgehoben von Herrn Kurt Purow, Danziger Privat-Alten- haus, Pangaasse 31, Pflanzstr. 1. — Verloren: 1 Schul- atlas, mit Namen Seriel versehen; 1 wahn. Briefkäse mit 600 Mk.; 1 graue Woll. Kleide mit 1000 Mark, Schlüssel, Kamm und Schein auf den Namen Puffe Simon lautend; 1 blaue Kasse Strickstoffe; 1 wahn. Damenarmbanduhr mit gold. Kiffelblatt, 1 wahn. Scherz-Terrier mit Peine, Goldband und Marke, abgehoben bzw. anzumelden im Kundbureau des Polizeipräsidiums.

Thra. Vor einigen Tagen wurde auf dem Kupferschmid- schen Grundstück in der Neuen Welt eine männliche Leiche aufgefunden. Nachforschungen haben ergeben, daß der Tote der Invalide Adolf Kaufmann aus Schwibitz ist. Er war geistlich schwach. Er hat sich am 9. Dezember aus seiner Woh- nung entfernt und war planlos umhergeirrt, bis er dann auf dem Felde in Thra ertrunken ist. Die Leiche muß vor dem Anfinden schon einige Tage da gelegen haben.

## Veranstaltungs-Anzeiger

**Weihnachtsfeier des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.**

Karten zu der am Donnerstag, den 22. Dezember, nach- mittags 5 Uhr, im Vertikaleshaus stattfindenden Weih- nachtsfeier sind in den Verkaufsstellen der „Volkstimme“, am Ependhaus 6 und Paradiesgasse 32, im Parteibureau, 4. Damm 7 3 Tr., gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches der Partei zu haben. Auserkorenen 1 Mk. Erwerbslose und im Streit stehende Parteimitglieder können ihre Karten unent- geltlich im Parteibureau in Empfang nehmen.

**Sozialdemokratischer Verein Oliva.**

Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal Bayre, Mitgliederversammlung. Genoskin Plagemann spricht über unsere Parteiorganisation. Nach der Aus- sprache unterhaltender Teil. Gäste können eingefahrt werden.

**Standesamt vom 15. Dezember 1921.**

Todesfälle. Oberfeuerwehrmann Johann Witt, fast 47 Jahre. — E. D. Dink-Jana, Friedrich Ester, 3 Mon. — Witwe Julie Baran geb. Klatt, 72 J. 9 Mon. — Werkmeister Karl Albert Reglaff, 71 J. — Fleischer August Danbera, 70 J. 2 Mon.

**Heutiger Devisenstand in Danzig.**

Deutsche Mark (Wech.)	5,35	am Vortage	5,60
Dollar	174		178
Engl. Pfund	750		726
Frans. Francs	14,50		15,00
Gulden	65,25		—

**Wahrscheinlichkeitsnachrichten am 15. Dezember 1921.**

Jawisch	+1,34	+0,00	Montauerzige	-0,40	-0,40
Warschau	+1,04	+0,00	Diechel	-0,35	-0,35
Prag	+0,99	+0,84	Dirschau	+0,40	+0,34
	14,12	15,12	Einlage	+1,92	+1,92
Thorn	+0,73	+0,65	Schönworf	+2,16	+2,18
Forhon	-0,48	-0,80	Schönau O. P.	+0,62	+0,00
Culm	-0,48	-0,45	Galgenberg O. P.	+4,68	+0,00
Brandenburg	+0,44	+0,49	Neuhorsterbusch	+2,06	+0,00
Frankfurt	-1,32	-1,28	Amwads	+0,00	+0,00

Wechsel. Von Am. 0 (Schkno) bis Am. 37 Glstand; bis Am. 74 einzelne Schollen, bis Am. 100 Glstand und Wänke bei Am. 80, bis Am. 108 Glstreiden in 3/4 Strombreite; bis Am. 119 Glstand; bis Am. 135 einzelne Schollen; bis Am. 167 1/2 eistrel; bis Am. 217 1/2 Glstand; bis zur Mündung Jungels. — Eisbrechdampfer „Ossa“ kreuzt in der Mündung „Mogai“ und „Montau“ liegen in Eislage, „Orabe“, „Drewenz“, „Schwarzwasser“ und „Berse“ in Danziger Kanal.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. G. H. & Co., Danzig.

**Hela BORG Balkikum**  
**No 18**  
**J. B. m. M.**  
**J. B. Gold**  
**Mondain**  
**Stambul**  
**Gold u. Kork**  
**QUALITÄT HAUCHER**

## Arbeitsamt der Stadt Danzig.

Wir suchen zur sofortigen Vermittlung:  
 Techniker für Eisenkonstruktion, perfekte Slenotypistinnen mit und ohne Sprach- kenntnissen, kautionsfähige Büfelfräuleins und solche mit polnischen Sprachkenntnissen, Schmiede, Dreher, Tischler für Feinier- arbeiten, Schneider und Schuhmacher, ferner Herrenschneiderinnen; Haus-, Küchen- und Waschmädchen für Hotel- betriebe sowie Hausmädchen mit Koch- kenntnissen und Aufwärtinnen für den Haushalt.

Die Vermittlung ist kostenlos. Angebote sind an unsere Vermittlungsstellen, Alst. Graben 51/52, Telefon 69, 301, 675, 1744, 3642 und 4094 zu richten.

Danzig, den 12. Dezember 1921. (5754)  
 Der Senat. — Arbeitsamt.

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, d. 16. Dezember, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten A 2.

**Mignon, die Wirtin vom goldenen Damast**  
Operette in 3 Akten von F. Zell. Musik von Richard  
Wagner. Spielführe Leitung: Erich Sternbach.  
Musikalische Leitung: Ludwig Schleich.  
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9<sup>1/4</sup> Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B II. Gastspiel-  
preise. Viertes und letztes Gastspiel der Kammer-  
sängerin Marcella Roscher. „Mignon“. Oper.

Sonnabend, abends 6<sup>1/2</sup> Uhr. Dauerkarten C II.  
Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Dr. Ludwig  
Wöllners. „Wallensteins Tod“. Trauerspiel.  
(Wallenstein: Dr. Ludwig Wöllner als Gast.)

Sonntag, vorm. 11 Uhr: 11. (literarische) Morgen-  
feier. Dr. Ludwig Wöllner „Goethe-Rainer,  
W. Rilke-Oscar Wilde“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine  
Billigkeit. „Die Ballerina des Königs“.  
Lustspiel.

## Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Morgen, Freitag, d. 16. Dezember,  
abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
Kasseneröffnung 6 Uhr

## Pension Schölller

Posse in 3 Akten von Carl Laufs.

Sonntag, den 18. Dezember, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
Zum 1. Male.

„Schwalbenhochzeit“  
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Vorverkauf im Wenzhaus Uebr. Freyman, Kohlenmarkt,  
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
an der Theaterkasse

„Libelle“  
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in  
kürzester Zeit bei mäßigen Preisen  
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,  
Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

**Zuschneide-Schule**  
für Damen-, Herren- und Wäsche-Schneiderrol  
Meisterkurse  
**Weltruf!** Leichtfaßlich, sicherstes System für  
jeden Körperbau ohne Hilfsmittel.  
Einzige Zuschneide-Schule des Ostens  
für Schneiderrol und Wäsche.  
Dir. Ed. Lippke, Langgasse 38 I.  
Fernruf 1234

Zum Feste



**BORG**  
ZIGARETTEN  
№ 18 m. Gold  
Zopportas  
Stambul  
Balficum  
J.B.  
Mondain

**Preußische Klassen-Lotterie**  
Zur 1. Klasse — Ziehung  
am 20. u. 21. Dezember cr.  
sind 5745  
1/ 1/ 1/ 1/ Neulose  
noch erhältlich bei  
**George Gronau,**  
Preuß. Lotterie-Einnehm.,  
Danzig, Jopengasse 68.

**Alt-Eisen, Alt-Metalle**  
kauft dauernd zum höchsten  
Tagespreis 15645  
**Fa. E. H. Heinrich,**  
Inh.: Ch. Ludwig,  
Pferdetränke 13.

**Alt-Metalle**  
und (5752)  
**Eisen**  
kauft  
Altmetalle-  
Einkaufs-Kontor  
Am Jakobstor Nr. 8  
am Hauptbhf. Tel. 5149  
Höchste Preise!

**Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**  
kauft zum Tagespreis 14900  
Inh.: J. Hergasse 8  
**Mendt,** Pfefferstadt 31.

**Alt-Eisen, Messing, Blei, Zink u. sämtl. Altmaterialien**  
5755) kauft  
**Plotzki,**  
Hohe Scharn Nr. 22.

## Der rote Frosch



wie er hier steht, ist Garantie für Qualität

## Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder  
Alleinhersteller Werner & Mertz A-G. Mainz

Was hat das Danziger Fernsprech-  
wesen von der automatischen  
Telephonie zu erwarten?  
**Öffentlicher Vortrag**  
mit Demonstrationen, Lichtbildern  
und Filmvorführungen  
von  
**Dr. ing. Spiecker**  
am Sonnabend, d. 17. Dez., abds. 7 Uhr  
5753) in der  
Aula der Techn. Hochschule Langfuhr  
Eintritt frei!

Zusammenlegbare  
**Zimmerstühle**  
zu verk. bei Gronwald,  
Baumgartische Gasse 22. (f)

**Maschinenschriften**  
auch auf poln. Masch.  
Tages- und Abendkurse  
Otto Siede, Neugarten 11, 1

Märchenbücher,  
Bilderbücher, Malbücher  
in allen Preislagen



Partei- und  
Gewerkschafts-Literatur

# Das beste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch

Sie finden in unserer Buchhandlung:

Internationale Bibliothek	
Entwicklungstheorie (Darwins Lehre)	10.50
Charles Fourier, von Bebel	14.—
Die Philosophie Spinozas	14.—
Die Frau und der Sozialismus	15.—
Geschichte der Kommune von 1871	24.—
Der Ursprung der Familie, von Engels	10.50
Das Elend der Philosophie, von Marx	10.50
Gesundheitspflege des Weibes	12.—
Die Lessing-legenden, von Mehring	20.—
Dührings Umwälzung der Wissenschaft Lieben und Tod, von Dödel	16.—
Moses oder Darwin, von Dödel	9.—
Geschichte des Materialismus	16.—
Zur Kritik der politischen Ökonomie	14.—
Sechzehn Jahre in Sibirien	18.—
Theorien über den Mehrwert, von Marx, 4 Bde.	48.—
Ethik und materialistische Geschichts- auffassung, von Kautsky	9.—
Viermal entflohen, von Leo Deutsch	14.—
Ursprung des Christentums, von Kautsky	24.—
Vorläufer des neueren Sozialismus, von Kautsky, 2 Bände	24.—
Marxistische Probleme, von Adler	10.50
Dietzaens Lehren, von Hepner	9.—
Der Zukunftsstaat, von Ballod	12.—
Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, v. Bernstein	10.50
Volksräumliche Geschichte der Philosophie, von Volländer	30.—
Revolution, v. Marx	10.50
Agrarfrage in Rußland	9.—

Romane und Erzählungen	
Der Morgen graut	3.—
Mutter	3.—
Nuckel, das Kapital	3.—
Verschrobenes Volk	4.50
Erzgebirgisches Volk	3.—
Die Hettererei	6.—
Der Prinzipienreiter	4.50
Der Ausweg	3.—
Die Markelenderin	3.—
Der Pariser Garten	4.50
Das Land der Zukunft	4.50
Der Gotteslästerer	10.—
Erweckt	10.—
Quitt v. Ulgede	21.—
Quo vadis?	3.—
Sybillen und der Papagei	15.—
Der goldene Stumpf	13.50
Die Wallen nieder	11.—
Marthas Kinder	8.25
König Kohle	14.—
Die Frauen aus dem alten Sladen	12.50
Ein Buch, das gern ein Volksbuch werden möchte von Ebner-Eschenbach	12.—
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000	5.—
Gerd Wullenweber	6.50
Das heilige Feuer	6.50
Vom Beler zum Kämpfer	6.—
Bulu Simba's Mission in Europa	6.—
Drei Monate Fabrikarbeiter	5.50
Kreuz und Quer durch den Balkan	3.—
Ein Wanderbuch	7.50

Klassiker	
Schiller, 4 Bände	60.—
Goethe, 4 Bände	60.—
Shakespeare, 4 Bände	60.—
Reuter, 4 Bände	60.—
Lessing, 2 Bände	30.—
Uhland, 1 Band	15.—
Lenau, 1 Band	15.—
Kleist, 1 Band	15.—
Chamisso, 1 Band	15.—
Freiligrath, 1 Band	15.—
Gedichtsammlungen	
Von Alltag und Sonne, von César Flaischlen	24.—
Heimat und Welt	8.40
Buch der Zeit, von Arno Holz	20.—
Hausbuch deutscher Lyrik	21.—
Wir weben, von Heine	7.50
Erste und heitere Gedichte für Arbeiterleser	10.—
66 Prologe für Arbeiterleser	3.—
Für die Jugend	
Oliver Twist	6.—
Kyros, der Weisheitscher	6.—
Die Kinder des Kapitän Grant	9.—
Die Nordpolfahrer	7.50
Robinson Crusoes Abenteuer	7.50
Onkel Toms Hütte	7.50
Coopers Lederstrumpf-Geschichten	7.50
Hanne-Lore	9.—
Am Höhenweg	9.—
Wenn du noch eine Mutter hast	9.—
Heideröschchen	9.—

Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32